

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (15. Jahrgang, Nr.08, August 2021)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Als ich Diplomat wurde, war das Erste, was ich lernen
musste, den Mund zu halten - in vielen Sprachen.

Golda Meir, israelische Politikerin (1898-1978)

Spendenauf der Katastrophenhilfe der Diakonie

die Bilder aus den Flutgebieten in Westdeutschland erschüttern uns zutiefst. **Dutzende Menschen haben ihr Leben verloren, tausende stehen vor dem Nichts.** Die Lage ist weiterhin unübersichtlich und es wird noch einige Tage dauern, bis das vollständige Ausmaß der Katastrophe klar wird. Umso wichtiger ist es jetzt, die lokalen Helferinnen und Helfer nach Kräften zu unterstützen.

Vor Ort sind jetzt schon diakonische Beratungsstellen aktiv und kümmern sich um die Betroffenen. Sie geben Rat und Hilfe. Hochwasser-Opfer, die nicht ausreichend versichert sind oder die besonders hart getroffen wurden, sollen unbürokratisch Hilfe erhalten.

Um den Menschen schnell zu helfen, rufen wir gemeinsam mit der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe zu Spenden auf.

Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende!

Spendenkonto Diakonie Katastrophenhilfe:

Spendenstichwort:

Hochwasser-Hilfe Deutschland

Evangelische Bank

IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02

Armut und Corona

Die immer stärker werdende Spaltung zwischen den Einkommen und Vermögen zwischen den Menschen ist bei uns im DAGS schon lange ein wichtiges Thema. Jetzt gibt es dazu einen neuen Aspekt: Die unterschiedliche Gefährdung durch den Corona-Virus, bzw. seine Varianten.

Im „Hamburger Abendblatt“ vom 23.7.21 stand dazu ein Artikel unter der Überschrift: „Die sozialen Folgen von Corona in Hamburg“. Eine Untersuchung, die von der Hamburger Fraktion der Linkspartei in Auftrag gegeben wurde, kommt, vereinfacht gesagt, zu folgendem Ergebnis:

„Je niedriger in einem Stadtteil die Einkommen und je höher der Anteil an Arbeitslosen und Hartz-IV-Beziehern, desto größer ist die Zahl der Corona-Infektionen

und desto mehr verschärfen sich dort auch die sozialen Probleme.“

René Böhme, Sozialwissenschaftlers an der Universität Bremen und Autor der Studie. **Beispiel Infektionen:** hat die bekannten Stadtteildaten des Senats vom vergangenen März mit den SGB-II-Quoten abgeglichen, also den Anteilen an Hartz-IV-Beziehern in der Bevölkerung (SGB steht für Sozialgesetzbuch). Das Ergebnis ist eindeutig. „Die Stadtteile mit einer deutlich unterdurchschnittlichen SGB-II-Quote haben zu allen drei Einzelzeitpunkten die niedrigste Inzidenz, während die Stadtteile mit einer deutlich überdurchschnittlichen SGB-II-Quote zu allen Zeitpunkten die höchsten Inzidenzen aufweisen.“

Zudem falle auf, dass der Abstand immer größer geworden sei. Im April 2020 hätten die ärmsten Stadtteile „nur“ 78 Prozent mehr Infektionen zu verzeichnen gehabt als die reichsten, im Herbst 2020 schon 136 Prozent, und im ersten Quartal 2021 dann sogar 200 Prozent. In absoluten Zahlen: Während die Stadtteile mit den wenigsten Sozialleistungsbeziehern zu dem Zeitpunkt 5,9 Infektionen pro 1000 Einwohner aufwiesen, waren es in denjenigen mit besonders vielen SGB-II-Empfängern 17,7. Besonders hohe Infektionszahlen seien im gesamten Betrachtungszeitraum in Billstedt, Wilhelmsburg, Jenfeld und Veddel zu beobachten gewesen, bestätigt Böhme die bisherigen Analysen.

Diese schockierende Tatsache ist ein weiteres Alarmsignal dafür zu sorgen, dass diese gravierenden Unterschiede zwischen Arm und Reich endlich verringert werden durch: höhere Steuern für die Reichen, höhere Sozialleistungen, vor allem aber durch gerechtere Entlohnung gerade für die „einfachen“ Arbeitsverhältnisse, also Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und stärkere Kontrolle über die Einhaltung dieser Vorschrift, gleiche Tarifverträge (rhp!!), sichere Arbeitsplätze (z.B. keine befristeten Verträge, etc) u.a.

Walter Hamann

Zugang zum Arbeitsmarkt

Teilhabe - Gesetz

bleibt hinter den Notwendigkeiten zurück

Bundestag und Bundesrat haben im Mai dem Teilhabestärkungsgesetz zugestimmt. Es tritt damit weitgehend zum 1. Januar 2022 in Kraft, einige Regelungen gelten schon ab dem 1. Juni dieses Jahres. Mit dem

Gesetz soll die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am täglichen Leben gestärkt werden. Ziel bleibe, so Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, eine inklusive Gesellschaft. Teilhabepolitik zeige sich im Alltag, und da bleibe noch viel zu tun, sagte Dagmar König vom ver.di-Bundesvorstand. Immerhin müssten knapp zehn Prozent der Bevölkerung mit Behinderungen und damit mit Einschränkungen leben. Rund 3 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter seien schwerbehindert. Doch rund zwölf Jahre nach Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ließen die Fortschritte noch sehr zu wünschen übrig.

Dabei nannte König insbesondere den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. Zwar seien, so König, in den Koalitionsvereinbarungen der letzten beiden Bundesregierungen immer wieder Verbesserungen bei der Teilhabepolitik und des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) formuliert worden. Mit der Umsetzung sei es jedoch nicht weit her. Für Unternehmen und Organisationen müsse es eine selbstverständliche Aufgabe sein, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen. Bei der behindertenpolitischen Fachtagung von ver.di sagte Dagmar König, sie hätte sich gewünscht, dass die Beschäftigungsquoten für Menschen mit Schwerbehinderung deutlich erhöht werden. Unternehmen, die das nicht tun, müssten stärker zur Kasse gebeten werden. Beim BEM hatte ver.di deutliche Verbesserungen gefordert. Zwar sei es gut, dass sich Menschen im BEM von einer Vertrauensperson begleiten lassen können, so das ver.di-Bundesvorstandsmitglied weiter, aber das reiche allein nicht aus. Das Gesetz bleibe deutlich hinter den Notwendigkeiten zurück.

aus: ver.di Publik 4/2021

Afghanistan bittet um Abschiebepause

am 12. Juli war unter Tagesschau.de zu lesen:

„Nach dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan sind die Taliban auf dem Vormarsch. Sie versuchen, immer mehr Gebiete zu erobern. Deshalb hat Kabul Deutschland gebeten, die Abschiebung von Landsleuten auszusetzen.“

Die gesamte Flüchtlings- und Integrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland gehört auf den Prüfstand. Es ist zu prüfen, ob diese von einer christlich-demokratischen Partei geführte Regierung praktizierte Politik dem biblischen Auftrag, wie wir als Christen mit Flüchtlingen umzugehen haben, und der UN-Flüchtlingskonvention von 1967 entspricht, welche insgesamt 149 Staaten, unter ihnen auch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet haben (Genfer Flüchtlingskonvention des UNHCR).

Bis heute ist die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) das wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz. Die Konvention legt klar fest, wer ein Flüchtling ist, welchen rechtlichen Schutz, welche Hilfe und welche sozialen Rechte sie oder er von den Unterzeichnerstaaten erhalten sollte. Aber sie definiert auch die Pflichten, die ein Flüchtling dem Gastland ge-

genüber erfüllen muss und schließt bestimmte Gruppen – wie z.B. Kriegsverbrecher – vom Flüchtlingsstatus aus.

DAGS wird sich deshalb an die Synoden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Nordkirche wenden, damit diese mit aller Deutlichkeit auf den Widerspruch zwischen den in der GFK eindeutig formulierten und den in Deutschland praktizierten einschränkenden Hilfen hinweisen und eine klare Haltung einfordern.

Klaus-Rainer Martin

Endlich wieder Präsenz-Sitzungen möglich

Am 12. Juli 2021 trafen sich erstmals seit der letzten Sitzung am 9. März 2020 wieder fünf Mitglieder von DAGS in Präsenz. In der Zwischenzeit fand 14mal eine Videokonferenz statt. Das Treffen fand verkehrsgünstig erreichbar (z.B. mit der U 4 bis Horner Rennbahn) im Stadtteilhaus Horner Freiheit statt. Karlheinz Schaumberg hatte dort einen Sitzungsraum organisiert, wo wir hygienegerecht mit dem erforderlichen Abstand zueinander tagen konnten. Natürlich nahm bei diesem ersten Treffen nach so langer Zeit der persönliche Austausch einen großen Raum ein. Doch Themen wie die Flüchtlings- und Integrationspolitik oder das in den Parteien viel diskutierte Buch „Die Selbstgerechten“ von Sarah Wagenknecht wurden ebenfalls erörtert.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass wir uns künftig wieder in altgewohnter Weise treffen und zusammenarbeiten können.

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Für unsere nächsten Treffen
haben wir folgende Termine
jeweils montags von 16.30 bis 18.00 Uhr
verabredet:**

am 13.09., 11.10. und 08.11.

**Ob wir uns wieder nur über Skype austauschen
oder wieder persönlich treffen können,
und wo wir in diesem Fall tagen werden,
kann derzeit noch nicht gesagt werden
und wird kurzfristig im Internet bekannt gegeben**

**Neige, Herr, dein Ohr und höre! Öffne, Herr, deine Augen
und sieh her!**

(Monatsspruch für August 2021 aus 2. Klön. 19,16)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. August 2021